



Jugendkongress 2007

Landtag von Niederösterreich

Landtagsdirektion

Eing.: 30.11.2007

Ltg.-1029/E-1/19-2007

U-Ausschuss

Forderungen

des

Jugendkongresses vom 28. November 2007

an den Landtag von Niederösterreich

Zum Generalthema „**Klimawandel - Klimaschutz**“ haben sich die Teilnehmer des NÖ Jugendkongresses 2007 in den Arbeitskreisen mit nachfolgenden Themen auseinander gesetzt und nach Beratungen im Plenum beschlossen:

Arbeitskreis 1

Energie

Der Arbeitskreis Energie hat sich besonders mit folgenden Schwerpunktthemen auseinandergesetzt:

1. Bildung, Bewusstseinsbildung und Wissenschaft
2. Energiesparen
3. Energieproduktion
4. Steuern und CO₂-Handel

Zu Punkt 1)

- Bewusstseinsbildung (Schule, Kindergarten, Gesellschaft ...)
- verpflichtende Etikettenbeschriftung des Energieverbrauchs (Geräte labeling)
- spezielle Studiengänge (Energiemanagement, Ressourcenmanagement, ökologische Betriebsführung Beispiel FH Wien)
- Forschung in erneuerbare Energie, erneuerbare Rohstoffe, stromsparende E-Geräte, erneuerbare Treibstoffe
- Gründung eines Energietechnologiezentrums

Zu Punkt 2)

- Energiesparlampen, standardisierte LED-Lampen (neues Design, bessere Informationen über die langfristige Nutzung)
- Geräte mit minimierten Standbyverlusten
- Wärmedämmung (Isolierungen fördern, Informationen verbessern, zinsenlose Kredite, Zweidrittelmehrheit für Sanierung von Wohnhausanlagen – verpflichtende Bildung von Rücklagen als Finanzierungsgrundlage, Festlegung einer maximalen Energiekennzahl)
- effiziente Warmwassernutzung

- Hybridautos, Fahrzeuge mit Alternativantrieben (Förderung und Information verbessern)
- Es muss sichergestellt sein, dass EndkundInnen über die Herkunft ihres Stromes informiert werden (Atomstromanteil etc.), um mehr Klimabewusstsein zu schaffen.

Zu Punkt 3)

- mehr Windkraftwerke unter Rücksichtnahme auf regionale Gegebenheiten
- heizen mit alternativen Energieträgern (z.B. Pellets,...) statt Öl/Gas
- Wasserkraftwerke auf Maximum ausbauen, mit Rücksichtnahme auf die Natur
- Biomasse Energie erweitern
- Sonnenenergie (Solarthermie und Fotovoltaik)
- Förderung für umweltfreundliche Heizsysteme
- Es muss sichergestellt sein, dass die Energieversorger zu 100 % in der öffentlichen Hand sind (um den Preismissbrauch Privater zu verhindern).
- Ökostrom sollte nicht ausschließlich profitorientiert ausgerichtet sein.

Zu Punkt 4)

- Einhaltung der Kyoto-Ziele mit der Konsequenz und dem Ziel, den CO₂-Handel zu unterbinden
- Ausbau von Ökostrom
- Haushalte von einkommensschwachen Menschen unter der Armutsgrenze sollen vom Land Subventionen erhalten, um Energiekosten zu decken. Darüber hinaus muss sichergestellt sein, dass es für einkommensschwache Menschen einen Stromsozialtarif geben muss.
- Verbot des CO₂-Zertifikathandels, um die Kyoto-Ziele voranzutreiben
- Für eine progressive Gestaltung der Ökosteuer, bei der frei nach dem Verursacherprinzip umweltverschmutzende Unternehmen in die Pflicht genommen werden.

Arbeitskreis 2

Mobilität

Gefordert wird:

1. Offenlegung Mautgebühren – Was wird damit gemacht? Wo fließen sie rein?
2. Offenlegung des Straßenbaubudgets.
3. Erhöhung der LKW-Maut – Verwendung für nachhaltige Mobilität, z.B. Schiene.
4. Bessere Vernetzung von Schiene-Straße-Wasser.
5. Mehr Mittel für Forschung und Entwicklung für innovative Maßnahmen im Güterverkehr, z.B. Güterverkehr unterirdisch.
6. Anpassung und Optimierung der Fahrzeiten des öffentlichen Verkehrs und der Unterrichtszeiten.
7. Bonus beim Erstkauf eines umweltfreundlichen Autos.
8. Mehr Förderung für die Entwicklung von Elektroautos, Hybridautos.
9. Günstigere Tarife im öffentlichen Verkehr.
10. Günstige bundesweite Netzkarten, insbesondere für PendlerInnen. SchülerInnen und Lehrlinge bekommen Freifahrtskarten.
11. Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes im ländlichen Raum (keine Schließung von Nebenbahnen).
12. Massiver Ausbau des Nachtverkehrs (Discobus) unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Jugend und der Gemeinden, Kosten maximal € 2,-- für Jugendliche (Hin- und Rückfahrt).
13. Ausbau und Verbesserung der Radwege (z.B. Beleuchtung, Sicherheit, ...).
14. Mehr Schüler- und Radfahrlotsen.
15. Schienenersatzverkehr innerhalb von 10 Minuten.
16. Sitzplätze im Schulbus 1 : 1 für Kinder und Jugendliche gleich wie Erwachsene.
17. Bedingungen für den Güterverkehr auf der Schiene verbessern (Infrastruktur und Kosten).

18. Ausbau des Wasserweges auf der Donau, Sicherung der Wassertiefen unter Berücksichtigung des UNESCO-Weltkulturerbes.
19. Wiederaufnahme des Baues der Güterverkehrsumfahrung im Raum St. Pölten (Bahn).
20. Steuerermäßigung für weite Transportwege (Förderung der Region).
21. Besserer Ausbau der Park and Ride-Anlagen.
22. Mehr Maßnahmen gegen Mautflucht der LKWs auf die Bundesstraße – kontrolliertes Transitverbot auf Bundesstraßen (ausgenommen Zulieferungsverkehr).
23. Mehr Anreiz für die Bildung von Fahrgemeinschaften und Förderung für Fahrgemeinschaftsinitiativen.
24. Mehr Mittel für die Bewusstseinsbildung (z.B. Schulen, Gemeinden, ...).
25. Schnellerer öffentlicher Verkehr.
26. Mehr Sicherheitsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr.
27. Vermehrte Forschung für Navigations- und Warnsysteme in Autos (Telematik).
28. LKW-Überholverbot auf zweispurigen Autobahnen.
29. Mehr Angebote für Fahrradleihsysteme.
30. Mehr Fußgängerzonen.
31. Kostenlose Fahrtauglichkeitsprüfung alle 10 Jahre für A- und B-Führerschein, weil die Fahrtauglichkeit und Gesundenüberprüfung für alle anderen existierenden Führerscheine (C-F) schon existiert.
32. Ausweitung der Fahrpläne auf Samstage, Sonn- und Feiertage führt zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Keine un- oder unterbezahlten Überstunden von bestehenden ArbeiterInnen.
33. Discobusnetz soll vom Land NÖ initiiert, koordiniert und finanziert werden. Als landesweit einheitliches Projekt darf die Organisation nicht an die Gemeinden abgeschoben werden.

Arbeitskreis 3

Abfall

Arbeitsthema Produktion

1. Forderung an das Land NÖ auf den Bund einzuwirken, ein Mehrwegflaschengesetz zu beschließen, z.B. einheitliche Pfandregelung, angemessener Pfand, Pfand auf Dosen und Einwegflaschen.
2. EU-Übereinkommen der Mitgliedsstaaten für hohe Besteuerung auf Produktion von Einwegflaschen.
3. Wenn umweltverträgliche Alternativen für die Produktion von Gütern bestehen, muss ein Verbot von umweltschädlichen Ressourcen bestehen.
4. Gewähr- und Garantieansprüche auf EU-Ebene betreffend Elektrogeräte.
5. Durch Landesregierung initiierte Zusammenarbeit und Kooperation zwischen Erzeugern und Konsumenten.

Arbeitsthema Produktwahl

1. Förderung von abfallarm produzierenden heimischen Kleinproduzenten und somit auch von umweltschonenden heimischen Produkten.
2. Mehr Investition in die Forschung für alternative Verpackungsmaterialien.
3. Schaffung von Anreizen für Verbraucher, um umweltfreundliche Verpackungen zu kaufen und Richtlinien für Unternehmen.
4. Durchsetzung einer einheitlichen Abfallwirtschaft.

Arbeitsthema Sondermüll

1. Strengere Kontrollen und mehr Anlaufstellen für Sondermüllentsorgung.
2. Informationen und Aufklärungskampagnen in Zusammenarbeit mit Schulen, Vereinen etc.

3. Verstärkte Benutzung von Solar- und Windkraftanlagen für Wohnhäuser und die Verpflichtung öffentlicher Gebäude (Schulen, Behörden), hier als gutes Beispiel voranzugehen.
4. Benutzung von wiederverwertbaren Energieträgern, wie z.B. aufladbare Batterien.

Arbeitsthema Abfall in Schulen

1. Unterstützung in Schulen, z.B. durch Müllmeisterschaft und das durch Preise attraktiv zu machen.
2. Bei Buffets, z.B. Pfand bei Flaschenrückgabe.
3. Kantinen: saisonal- und regionalbezogenes Essen auf Wunsch der SchülerInnen und ArbeitnehmerInnen.
4. Übersichtliches Mülltrennsystem in Schulklassen.

Arbeitsthema Bewusstseinsbildung

1. Forcierung der gesetzlichen Maßnahmen für Mehrwegprodukte.
2. Kinder und Jugendliche sollten im Unterricht mehr mit Recycling und Müll konfrontiert werden.
3. Mehr Informationen in den Gemeinde- und Regionalzeitungen und Konfrontation im täglichen Leben und in allen Altersgruppen über das Thema Müll.
4. Unterstützung von Land und Bund für Kleinbauern bei ökologischer und umweltschonender Landwirtschaft und Kleinbetriebe durch Vorträge und Informationsveranstaltungen.
5. Strengere Gesetze und Kontrollen für Bioprodukte.
6. Vereinheitlichung der Kosten für Müllentsorgung niederösterreichweit.

Arbeitsthema Recycling

1. Verminderung der Müllflut durch gezielten und kontinuierlichen Abbau der Einweg- bzw. Wegwerfprodukte durch Steigerung der Attraktivität durch gezielte, mit Fingerspitzengefühl gehandhabte Förderung.
2. Bessere Standortwahl der Müllentsorgungsstellen und Optimierung der Erreichbarkeit sowie professionelle Betreuung bei den Sammelstellen.
3. Erhöhung der Forschungstätigkeit im Bereich der Wiederverwertbarkeit, sprich Zurverfügungstellung von Budget, Daten und Versuchsmöglichkeiten in erhöhtem Ausmaß sowie gezielte Aufgabenstellung dieses Sektors.
4. Durch gekonnte Wiedereinführung der recycelten Materialien in den neuen Produktionszyklus die Nachhaltigkeit der natürlichen Ressourcen in Österreich, aber auch weltweit sichern.
5. Müllentsorgung muss in öffentlicher Hand sein.

Arbeitskreis 4

Globale Dimension

Bewusstseinsbildung

Initiativen zur Stärkung des Bewusstseins der Bevölkerung aller Altersgruppen zur Problematik Umweltschutz, insbesondere Klimaschutz

- repräsentativ in den Medien
- verstärkte Verankerung im Lehrplan/Schulunterricht
- Kilometerpickerl auf Nahrungsmittel
- Bildung eines Arbeitskreises mit Fachleuten (aus verschiedenen Bereichen) wird gefordert

Öffentliche Vorbildwirkung

1. verpflichtende Einführung von Energiesparlampen in allen öffentlichen Gebäuden und im öffentlichen Bereich
2. Verpflichtung, die öffentlichen Fuhrparks auf alternative Antriebsmodelle bzw. Treibstoffe umzustellen
3. Sanierung alter und Neuerrichtung von öffentlichen Gebäuden unter Klimaaspekten und Berücksichtigung von Umweltfaktoren (z.B. Niedrigenergiehäuser)
4. ausgewogene Mischung zwischen Fair Trade und regionalen Produkten im öffentlichen Beschaffungswesen

Wirtschaft und Technologietransfer

1. Förderung eines Modellprojektes des Landes Niederösterreich im Bereich des Technologietransfers in einer ausgesuchten Partnerregion in einem Entwicklungsland bzw. in einer Region im Entwicklungsland. Zielsetzung ist die nachhaltige Entwicklung plus eine nachhaltige Finanzierung dieses Projektes mit dem Ziel, die notwendige Technik sowie das Know How auf Dauer weiterzugeben.

Eigenes Personal aus der Region soll ausgebildet werden, um dauerhaften Erfolg ohne Einfluss von Fachkräften aus dem Ausland zu garantieren.

2. Anhand dieses Modells soll Technologie und Know How-Transfer in weitere Regionen und Länder, die klaren Bedarf aufweisen, stattfinden.

Öffentlicher Verkehr

1. Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln, Verbesserung der Verkehrsan-schlüsse mit einer flächendeckenden Rund-um-die-Uhr-Versorgung vor allem im ländlichen Raum (Zugsystem, Bussystem)
2. preisliche Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs

Raumplanung

- Verbesserung der Raumplanung unter Berücksichtigung von Klimaaspekten (Konzept der kurzen Wege)

Förderungen

1. Biogas, Ökostrom, Agrotreibstoff unter Berücksichtigung der globalen Auswirkungen einer Förderung unter Bedacht auf die Nachhaltigkeit und Auswirkungen dieser Förderung
2. wirtschaftliche, unbürokratische und zum Teil kurzfristige Anreize im Bereich von Innovation neuer Technologien und Förderung von außerordentlichen Projekten bzw. Einrichtungen, Maßnahmen, die zum Klimaschutz beitragen. Besonders die Verbesserung der Effizienz (Bereich Energie, Verringerung der Ausschusswarte etc.) ist auch gezielt zu verfolgen.
3. Wohnbauförderung auf Klimaschutz ausrichten
4. Forschungsförderung für Klimaprojekte

Internationale Verantwortung

1. Die Landesregierung bzw. die Vertreter der Landesregierungen sollen sich im Rahmen der Gremien und Funktionen auf internationaler Ebene massiv für die Zielsetzung des Klimaschutzes einsetzen, wie z.B. im Ausschuss der Regionen der Europäischen Union.
2. Hinwirken auf die Einführung von strengen Auflagen und Kontrollen im Sinne des Klimaschutzes international und nachweisliche Beachtung dieser garantieren.
3. Wir fordern die Einführung einer Tobinsteuer weltweit, deren Einnahmen zweckgebunden für Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit verwendet werden müssen.
4. Einführung weltweiter hoher Standards, z.B. durch die Unterstützung mittels Kofinanzierung.
5. Einsetzen für zweckgebundene Kerosinsteuer für Entwicklungszusammenarbeit, Klimaschutz und Technologietransfer.
6. Eintreten für weltweite, faire Handelsbedingungen.